

Grüne auf der Schleimspur

Putins Gas. Der Vizekanzler will einen U-Ausschuss zur Abhängigkeit von Russland. Die ÖVP sagt nicht Nein, ein Experte hegt jedoch Zweifel.

VON KLAUS KNITTELFELDER

Wien. Werner Kogler liebt es, in Bildern zu sprechen. Mahnt der Vizekanzler etwa Sparsamkeit beim Heeresbudget ein, dann sagt er das nicht einfach so, sondern er reitet aus gegen den „Geld abwerfenden Holladaro-Hubschrauber“; großflächige Autofahrerförderung wird in der Sprache des grünen Frontmannes flugs zur „Sozialpolitik aus dem Auspuff“, wenn nicht gleich – wie in seiner jüngsten Parteitagrede – „die Gießkanne an der Zapfsäule wohnt“. Und dann wäre da noch jene Kogler-Metapher, die in den letzten Monaten für den meisten Wirbel gesorgt hat: der „rote Teppich mit Schleimspur“. Diesen hätten, so Kogler, Vorgängerregierungen und Wirtschaftskammer dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, ausgerollt und Österreich so in die im EU-Vergleich extrem hohe Abhängigkeit von russischem Gas manövriert.

Geht es nach den Grünen, soll diese Spur nun im Detail verfolgt werden, und zwar in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, parallel zum gerade laufenden ÖVP-Ausschuss. „Es sind ganz offensichtlich in den letzten Jahren Maßnahmen gesetzt worden, die die Abhängigkeit von russischem Gas erhöht haben. Welche Pipelines gebaut werden und welche nicht, das sind ja nicht nur unternehmerische Entscheidungen, sondern letztlich politische Entscheidungen“, sagt Grünen-Abgeordneter Michel Reimon. „Da gibt es sehr spannende Hintergründe. Und die Verantwortlichkeiten sind zu klären, wie es dazu kam. Das sollte möglich sein.“

Was dieser U-Ausschuss nach Ansicht der Grünen können sollte: zumindest im Verwaltungsbereich vergangener Energie- und Wirtschaftsminister sowie der Staatsholding klären, wie es zu welchen Weichenstellungen gekommen ist. Verhandlungen könnten aufgearbeitet, Verträge seziiert werden. Und: Wer wünschte welche Entscheidungen, wer profitierte davon? Der Grün-Abgeordnete Reimon denkt an einen Untersuchungszeitraum von mindestens zehn Jahren, eher darüber hinaus.

Für eine solche Aufarbeitung würde sich, sagt Parlamentsexperte Werner Zögernitz, ein U-Aus-



Werner Koglers Grüne setzen die ÖVP in der Russland-Debatte unter Druck. [APA]

schuss grundsätzlich auch eignen, bis hin zur Frage der heimischen Gasbevorratung. „Man kann das natürlich machen“, sagt er, viele ließe sich aufarbeiten. Und doch zweifelt Zögernitz, einstmals ÖVP-Klubdirektor, auch aufgrund des bereits laufenden U-Ausschusses. Das Thema sei zudem „heikel“, wenn nicht sogar „demokratiepölitisch gefährlich, weil man sich ja gewissermaßen ins Kriegsgeschehen einklinkt“.

Einsetzung schwierig

So oder so: Einsetzen können die Grünen den Ausschuss nicht allein, dafür sind die Unterschriften von 46 Abgeordneten vonnöten, spricht die Ökopartei braucht entweder den Sanktus der ÖVP oder setzt den Ausschuss vorbei am Koalitionspartner ein. Das ginge, wenn jene Teile von SPÖ und Neos mitstimmten, die nicht den ÖVP-U-Ausschuss auf Schiene gebracht

haben – oder aber die Blauen, was einigermaßen unwahrscheinlich ist. Michel Reimon würde sich eine Zustimmung der ÖVP wünschen. Im Hintergrund starten nun Gespräche mit mehreren Parteien, erklärt er.

ÖVP blockt vorerst ab

Allein: Die Replik des Koalitionspartners darauf fiel vorerst verhalten aus. Zwar kam kein kategorisches Njet, die Türken wollten eine „Presse“-Anfrage, wie man denn zu einem solchen Untersuchungsausschuss stünde, allerdings nicht beantworten. Bisher sei das „kein Thema“ gewesen, heißt es im ÖVP-Parlamentsklub, daher gebe es auch noch keine Beurteilung der U-Ausschuss-Forderung. „Vielleicht“, richtet der Grüne Michel Reimon seinem Koalitionspartner aus, „will aber auch die ÖVP endlich einmal etwas aufklären.“